

Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938  
(ADÖ)

Herausgegeben von Arnold Suppan

Österreichische Akademie der Wissenschaften

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE  
INSTITUT FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

---

---

FONTES RERUM  
AUSTRIACARUM  
ÖSTERREICHISCHE GESCHICHTSQUELLEN

ZWEITE ABTEILUNG  
DIPLOMATARIA ET ACTA  
98. BAND



VERLAG DER  
ÖSTERREICHISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE  
INSTITUT FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

---

---

Außenpolitische Dokumente  
der Republik Österreich  
1918–1938 (ADÖ)

Band 12

Österreich zwischen Isolation  
und Anschluss

28. September 1937 bis 15. März 1938

Herausgegeben von Walter Rauscher und Arnold Suppan



VERLAG DER  
ÖSTERREICHISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

Angenommen durch die Publikationskommission der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW:  
Michael Alram, Bert Fragner, Hermann Hunger, Sigrid Jalkotzy-Deger, Brigitte Mazohl,  
Franz Rainer, Oliver Jens Schmitt, Peter Wiesinger und Waldemar Zacharasiewicz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie,  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagentwurf: Katharina Uschan

Diese Publikation wurde einem anonymen, internationalen Peer-Review-Verfahren unterzogen.  
This publication has undergone the process of anonymous, international peer review.

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt,  
frei von säurebildenden Bestandteilen und alterungsbeständig.

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-7001-7870-5

Copyright © 2016 by  
Österreichische Akademie der Wissenschaften  
Wien

Satz: HAPRA GmbH, Puchenau  
Druck: Prime Rate kft., Budapest

<http://epub.oeaw.ac.at/7870-5>  
<http://verlag.oeaw.ac.at>

## Inhalt

Vorwort .....	7
Erniedrigung und Unterwerfung. <i>Arnold Suppan</i> .....	11
Chronologisches Verzeichnis der Dokumente .....	61
Dokumente .....	83
Anhang: Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister .....	379
Abkürzungsverzeichnis .....	383
Orts-, Personen- und Sachregister .....	388



## Vorwort

Bereits im Sommer 1937 begann Hitler, seinen Blick auf Österreich und die Tschechoslowakei zu richten. Goebbels' Tagebücher halten zum 3. August 1937 fest: „In Österreich wird der Führer einmal tabula rasa machen. [...] Er geht dann aufs Ganze. Dieser Staat ist kein Staat. Sein Volk gehört zu uns, und es wird zu uns kommen. Des Führers Einzug in Wien wird einmal sein stolzester Triumph werden.“ Und am selben Tag schrieb der Propagandaminister: „Auch die Tschechei ist kein Staat. Sie wird eines Tages überrannt werden.“ Am Ende des Nürnberger Parteitages bemerkte Hitler tatsächlich zu Goebbels: Die „Österreichfrage“ würde irgendwann einmal „mit Gewalt“ gelöst werden. Und seit einer Besprechung Hitlers mit den Oberbefehlshabern, dem Reichskriegsminister und dem Reichsminister des Auswärtigen am 5. November 1937 war auch den Generälen die Tendenz von Hitlers Denken unmissverständlich.

Die tiefe politisch-ideologische Spaltung der österreichischen Gesellschaft in ein christlichsoziales, sozialdemokratisches und großdeutsches „Lager“ kam den Aggressionsplänen Hitlers entgegen. Weitere Spaltungstendenzen im Regierungslager in einen christlichsozialen Flügel und die austrofaschistische Heimwehr, bei der illegalen sozialdemokratischen Opposition in Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten sowie bei den ehemaligen „Großdeutschen“ in „alldeutsche“ Anschluss-Befürworter und überzeugte Nationalsozialisten erleichterten die Einflussnahme der NS-Propaganda. Das von Dollfuß eingeleitete und von Schuschnigg fortgeführte Experiment einer Diktatur der „Vaterländischen Front“ konnte weder dem italienischen Faschismus noch dem deutschen Nationalsozialismus Paroli bieten. Auf Grund von Beitrittszwang erreichte die Vaterländische Front im November 1937 zwar eine Mitgliederzahl von drei Millionen, unter ihnen befanden sich aber viele illegale Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, was sogar im Flüsterwitz Eingang fand. Die wachsende Zahl illegaler österreichischer Nationalsozialisten (im Dezember lag der Mitgliederstand bereits bei 105.035) – unter ihnen viele junge Arbeitslose – entfaltete ohne Unterlass ein gewaltiges agitatorisches Getöse.

Der preußische Ministerpräsident Hermann Göring hatte die Österreichfrage bei seinen Besuchen in Rom im ersten Halbjahr 1937 bereits zweimal gegenüber Mussolini angeschnitten – und dies nicht unbedingt auf diplomatische Weise. Vor dem Deutschlandbesuch Mussolinis Ende September 1937 wies Hitler daher Göring an, die Österreichfrage mit diesem wichtigen Gast vorsichtig zu behandeln

und zu erklären, dass Deutschland nicht die Absicht habe, in absehbarer Zukunft das österreichische Problem zuzuspitzen. Doch als Göring in Carinhall dem „Duce“ eine Europakarte zeigte, war auf dieser Österreich bereits als Teil des Deutschen Reiches eingezeichnet. Im Übrigen zeigte Göring diese Karte zwei Monate später dem österreichischen Staatssekretär Guido Schmidt. Mussolini wollte nicht negativ reagieren, Schmidt konnte es nicht.

Während sich die wirtschaftliche Lage Österreichs auf Grund der internationalen Konjunktur etwas gebessert hatte, ebenso die Gold- und Devisenlage der Nationalbank („Alpendollar“), wies die Arbeitslosigkeit eine wenig fallende Tendenz auf. Im Dezember 1937 gab es noch immer 246.000 unterstützte Arbeitslose, sodass die Zahl der Arbeitsuchenden mit Sicherheit bei über einer halben Million lag. Vor allem die jüngsten Jahrgänge der Schulabgänger erhielten wenig oder überhaupt keine Unterstützung.

Auf der letzten Konferenz der Staaten der „Römer Protokolle“ in Budapest, zwischen dem 9. und 12. Januar 1938, konnten zwar Österreich und Ungarn das Drängen Italiens auf Austritt aus dem Völkerbund und Beitritt zum Antikominternpakt abwehren, mussten aber einer Ankündigung der Anerkennung des Franco-Regimes nähertreten. Die heikelste Frage, nämlich die Frage des jeweiligen Verhältnisses der drei Regierungen zu Hitler-Deutschland blieb freilich ausgespart. Mussolini und Darányi hatten nach ihren Staatsbesuchen in Berlin keine Bereitschaft zur Unterstützung Österreichs mehr erkennen lassen.

Ende Januar 1938 enthüllte die österreichische Polizei Dokumente aus dem Büro der österreichischen NSDAP in der Wiener Teinfaltstraße, die Berlin in Verlegenheit brachten. Unruhen sollten den Sturz der Regierung Schuschnigg herbeiführen. Als besondere Provokation war die Ermordung des deutschen Botschafters von Papen durch österreichische Nationalsozialisten vorgesehen, die als Mitglieder der Vaterländischen Front verkleidet auftreten sollten. Da in den Umsturzplan auch der NS-Landesleiter Hauptmann Leopold involviert war, wurde er von Hitler persönlich durch den Kärntner Major Hubert Klausner ersetzt. Nachdem Hitler mit politischen und militärischen Drohungen Schuschnigg das „Berchtesgadener Abkommen“ vom 12. Februar 1938 aufgezwungen hatte – mit der sofortigen Amnestie für Nationalsozialisten, der Ernennung von Seyß-Inquart zum Innenminister und der Ablöse von Generalstabschef Jansa –, begannen sehr rasch alle Dämme zu brechen. Hitlers Reichstagsrede vom 20. Februar mobilisierte zusätzlich. Die patriotische Rede Schuschniggs vor dem Bundestag kam bereits viel zu spät. Auch die Bekundung der Bereitschaft sozialdemokratischer Gewerkschafter, unter bestimmten Bedingungen die Regierung Schuschnigg gegen die Nationalsozialisten zu unterstützen, wurde vom Bundeskanzler nicht konsequent genug aufgegriffen. Schuschniggs Ankündigung einer „Volksbefragung“ verblüffte Hitler zwar, veranlasste ihn aber – unter tatkräftiger Mitwirkung Görings – auch zum Handeln. Obwohl die Berliner Ultimaten Schuschnigg und Bundespräsident Miklas ohnehin zur Kapitulation zwangen, gab Hitler dennoch



der Wehrmacht den Einmarschbefehl. So wurde der 11. März 1938 zum Todestag des unabhängigen Österreichs.

Blickt man bis zum Vertrag von Saint-Germain 1919 zurück, lassen sich die politischen und diplomatischen Festlegungen, Ermahnungen und Drohungen gegen einen allfälligen „Anschluss“ Österreichs an Deutschland gar nicht zusammenzählen, die gemeinsam und abwechselnd aus Paris, London, Rom, Prag und anderen europäischen Hauptstädten geäußert worden waren. Nun, am 12. März 1938, als die deutsche Wehrmacht in Österreich einmarschierte, am 13. März, als die „Wiedervereinigung“ zuerst in Wien, dann in Berlin staatsrechtlich vollzogen wurde, und am 15. März, als Hitler am Wiener Heldenplatz den „Eintritt seiner Heimat ins Deutsche Reich“ verkündete, fielen die Reaktionen des Auslands sehr zurückhaltend aus. Die internationale Politik fand sich unglaublich schnell mit der Okkupation und Annexion eines Völkerrechtssubjekts ab. Freilich, die Jubelbilder aus Wien hatten den Eindruck weitgehender Zustimmung der österreichischen Bevölkerung vermittelt.

Besonderen Dank für seine Hilfe schulden wir Patrick Shonoda: für die Digitalisierung der Dokumente und die Mitarbeit am Register. Ein allgemeiner Dank sei den Damen und Herren des Österreichischen Staatsarchivs für die gute Kooperation abgestattet. Für die Finanzierung der Editionsarbeit und die Drucklegung dieses Bandes sei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gedankt, vor allem dem Verlag unter Leitung von Lisbeth Triska und der Buchproduktion durch Robert Püringer.

Mit dem vorliegenden Band endet die Serie der „Außenpolitischen Dokumente der Republik Österreich 1918-1938“, deren Anfänge in den Sommer 1990 zurückreichen. Daher sei zu guter Letzt allen Förderern und Begleitern, von deren Einsatz die Edition und ihre Herausgeber in den letzten gut 25 Jahren profitiert haben, ein herzliches Dankeschön ausgesprochen.

Wien, im Januar 2016

*Die Herausgeber*



## Erniedrigung und Unterwerfung

Die Idee eines „Anschlusses“ (Deutsch-)Österreichs an Deutschland von 1918/19 war bei vielen Deutschen und Österreichern lebendig geblieben: bei Politikern, Diplomaten, Offizieren, Professoren, Lehrern, Beamten, Rechtsanwälten, Ärzten, Wirtschaftskapitänen, Ingenieuren, Journalisten, Schriftstellern und Künstlern, wie es nicht zuletzt das Deutsche Sängerbundfest im Juli 1928 bewies. Anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Schubert zogen 130.000 Sänger aus allen deutschen und österreichischen Ländern – aber auch Sudetendeutsche, Südtiroler und Deutschamerikaner – mit zahlreichen geschmückten Wägen vom Heldenplatz über die Ringstraße; 700.000 Personen hatten dem Spektakel zugesehen (ADÖ 6/942, 943). Die „Armee der Sänger“ erschien dem parteilosen Bundespräsidenten Michael Hainisch als Symbol der Einheit des deutschen Volkes. Die *Vossische Zeitung* sah im Sängerbundfest „eine Huldigung der Deutschen aus allen Gauen des Reiches für das deutsche Wien“.<sup>1</sup>

Als jedoch die Regierungen in Berlin und Wien am 19. März 1931 eine „Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands und Österreichs“ beschlossen (ADÖ 7/1077), gab es einen Entrüstungssturm in Paris, Prag, Rom und London, da sich besonders die französische und die tschechoslowakische Regierung vom „deutschen Revisionismus“ herausgefordert fühlten. Auf dem Umweg über den Völkerbundrat landete die Frage des Zollunionsprojektes schließlich vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der mit acht gegen sieben Stimmen entschied, dass eine deutsch-österreichische Zollunion zwar nicht gegen das Anschlussverbot des Friedensvertrages von Saint-Germain verstoße, wohl aber im Widerspruch zum Genfer Protokoll I von 1922 stehe (ADÖ 7/1167, 1168, 1169, 1170).<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Norbert Bischoff, Österreichische Außenpolitik 1918-1938. In: Wilhelm Exner (Hg.), 10 Jahre Wiederaufbau. Die staatliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Republik Österreich 1918-1928 (Wien 1928) 23-34. Enge deutsch-österreichische Zusammenarbeit gab es auch im Deutsch-Österreichischen Alpenverein, im Deutschen Turnverein und in den nationalen Burschenschaften.

<sup>2</sup> Walter Goldinger – Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich (Wien – München 1992) 178-183; Walter Rauscher, Briandplan und Zollunionsprojekt. Die österreichische Außenpolitik 1930/31. In: Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan (Hg.), Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 (ADÖ), Bd. 7: Das österreichisch-deutsche Zollunionsprojekt, 12. Februar 1930 bis 11. September 1931 (Wien – München 2006) 13-36.

Das Urteil empörte die öffentliche Meinung sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Es schadete den Regierungen beider Staaten, Heinrich Brüning und Karl Buresch, und nützte der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1932 bzw. den Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg und Wien. Auch der Februaraufstand 1934 des Republikanischen Schutzbundes und seine Niederschlagung durch Bundesheer und Heimwehr kam den Nationalsozialisten zugute (ADÖ 9/1430), während der fehlgeschlagene Juliputsch der österreichischen Nationalsozialisten (ADÖ 10/1466, 1468) – in den Hitler teilweise eingeweiht war – vorübergehend den nationalsozialistischen Einfluss auf die österreichische Innenpolitik stoppte. Dieser Zustand hielt freilich nur bis zur erfolgreichen Volksabstimmung im Saarland im Januar 1935 und zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland im März 1935 an, die die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages ignorierte. Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer stellte daher im österreichischen Ministerrat mit Recht die Frage, welche Großmacht für Österreich einträte, wenn Deutschland eines Tages in Österreich einmarschierte. Aber Bundeskanzler Kurt Schuschnigg sprach sich entschieden gegen innenpolitische Konzessionen an Deutschland aus.<sup>3</sup>

### **„Das nächste Mal sind wir an der Reihe“**

In Stresa am Lago Maggiore bestätigten die Ministerpräsidenten Italiens, Frankreichs und Großbritanniens im April 1935 die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs. Aber die Schalmeien-Töne Hitlers am 21. Mai 1935 im Reichstag – wo er erklärte, dass Deutschland weder die Absicht noch den Willen habe, „sich in innerösterreichische Angelegenheiten einzumischen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen“ – wurden in Europas Staatskanzleien kaum geglaubt. Als Großbritannien im Juni mit Deutschland ein Flottenabkommen schloss, war es für den italienischen Ministerpräsidenten Benito Mussolini klar, dass London die Frage der Unabhängigkeit Öster-

---

<sup>3</sup> Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik (MRP), Abt. IX, Bd. 2, hg. von Gertrude Enderle-Burcel (Wien 1993), Nr. 988, 22. März 1935; Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich* (München – Wien<sup>2</sup> 1980) 19-21; Arnold Suppan, *Jugoslawien und Österreich 1918-1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld* (Wien – München 1996) 206-209; Ernst Hanisch, *Wien, Heldenplatz*. In: Etienne François, Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte I* (München 2001) 114 f.; Alfred Low, *The Anschluss Movement, 1931-1938, and the Great Powers* (East European Monographs, Boulder/Col. 1985); Evan Burr Bukey, *Hitler's Austria. Popular Sentiment in the Nazi Era, 1938-1945* (Chapel Hill – London 2000) 14-22; Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936* (Darmstadt 1998) 657-659; Walter Rauscher, *Österreichs außenpolitischer Kurs 1933/34*. In: ADÖ 9 (Wien 2014) 27-42. Das Scheitern des Zollunionsprojektes war auch vom Kollaps der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe im Mai 1931 begleitet, der vom Staat, der Nationalbank und dem Haus Rothschild aufgefangen werden musste. – Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Österreichische Geschichte, Wien 1995) 388-390.

reichs in erster Linie als Problem Roms sah. Mit seinem Krieg gegen Äthiopien im Herbst 1935 aber löste der „Duce“ die politischen Leitlinien von Stresa. So erklärte er bereits am 6. Januar 1936 dem deutschen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, dass die Stresa-Front für immer gestorben sei. Wenn Deutschland aus Österreich einen Staat machen wolle, der zwar formell autonom, in der Praxis aber ein Satellit wäre, so würde er nichts dagegen einwenden.<sup>4</sup>

Damit war aber auch Schuschniggs außenpolitische Strategie, eine Abwehrfront gegen Hitler aufzubauen, gescheitert:

- Trotz der Römer Protokolle konnte Schuschnigg nicht mehr mit italienischer Unterstützung gegen Deutschland rechnen, zumal er auch nicht das persönlich gute Verhältnis seines Vorgängers zu Mussolini unterhielt.
- Die Westmächte waren nicht bereit, über allgemeine Sympathieerklärungen für Österreichs Selbständigkeit hinauszugehen.
- Der Versuch einer Anlehnung an die Tschechoslowakei scheiterte am Gegensatz zwischen Prag und Budapest, am Misstrauen zwischen Wien und Belgrad, vor allem aber an der Restaurationsfrage (seit Rückgängigmachung des Landesverweises der Habsburger und Rückerstattung des Privateigentums an die Kaiserfamilie im Juli 1935).
- Auf der europäischen politischen Ebene wurde es immer deutlicher, dass eine Politik der „Unabhängigkeit“, der „Neutralität“ oder des „Non-engagement“ mit keiner breiten Unterstützung rechnen konnte.<sup>5</sup>

Als Hitler am 7. März 1936 etwa 22.000 Mann der Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes einmarschieren ließ und damit den Locarno-Pakt kündigte, gab es nur papierene Proteste der Westmächte und der Kleinen Entente (bei Zurückhaltung Jugoslawiens). Diese offene Revision von Versailles steigerte Hitlers Popularität in der deutschen Bevölkerung und hatte unmittelbare Rückwirkung auf die österreichische Politik. Gesandter Theodor Hornbostel, der Politische Direktor am Ballhausplatz, bemerkte sarkastisch zum französischen Gesandten:

<sup>4</sup> Ennio Di Nolfo, Die österreichisch-italienischen Beziehungen von der faschistischen Machtergreifung bis zum Anschluß (1922-1938). In: Adam Wandruszka und Ludwig Jedlicka (Hg.), Innsbruck – Venedig. Österreichisch-italienische Historikertreffen 1971 und 1972 (Wien 1975) 221-271, hier 265-267; Angelo Ara, Die italienische Österreichpolitik 1936-1938. In: Gerald Stourzh – Birgitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Wien 1990) 111-129, hier 116 f.; Zara Steiner, *The Triumph of the Dark. European International History 1933-1939* (Oxford History of Modern Europe, Oxford 2011) 100-166; Klaus Koch, Zwischen Mussolini und Hitler, August 1934 – Juli 1936. In: ADÖ 10 (Wien 2014) 11-32.

<sup>5</sup> Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht (Wien 1947) 156 (Zeugenaussage Eduard Ludwig); Steiner, *The Triumph*, 167. „Schuschnigg’s attempt to rally support by founding his own fascist-style Fatherland Front had completely failed.“ – Richard J. Evans, *The Third Reich in Power* (London 2005) 649; Andrej Mitrović, *Vreme netrpeljivih. Politička istorija velikih država Evrope 1919-1939*. [Die Zeit der Intoleranten. Die politische Geschichte der großen Staaten Europas 1919-1939] (Beograd 1974) 396-406.

„Das nächste Mal sind wir an der Reihe.“<sup>6</sup> – Bereits in einer vertraulichen Sitzung des Ministerrates am 19. März stellte Schuschnigg fest, die Bundesregierung sei keineswegs an einem Fortbestehen des Konfliktes mit Deutschland interessiert, freilich könne Österreich keinen Vertrag mit dem Nationalsozialismus schließen, sondern nur mit Deutschland.<sup>7</sup>

Im Auftrag Schuschniggs stellte der damalige Vizedirektor der Kabinettskanzlei, Guido Schmidt, politischen Kontakt zum deutschen Botschafter, dem national-konservativen ehemaligen Zentrumspolitiker, Reichskanzler und Vizekanzler Franz von Papen her, der sich schon seit 1935 um einen solchen bemüht hatte. Im offiziellen Abkommen vom 11. Juli 1936 deklarierte die Bundesregierung Österreich als „deutschen Staat“, während die Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich anerkannte. Beide Regierungen betrachteten „die in dem andern Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des andern Landes“. Einen deutlichen Souveränitätsverzicht musste Österreich allerdings mit dem vertraulich zu behandelnden *Gentlemen's Agreement* hinnehmen, wenn es der NSDAP in Österreich eine ungehinderte Tätigkeit gewähren musste, solange sie sich an die geltenden Gesetze hielt und nicht in die „innerpolitischen Angelegenheiten“ einmischte. Außerdem wurde in Aussicht genommen, „Vertreter der bisherigen sogenannten ‚nationalen Opposition in Österreich‘ zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen“. Entscheidend aber wurde folgendes Zugeständnis: „Die österreichische Bundesregierung erklärt, dass sie bereit ist, die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen [sic!] der Außenpolitik der deutschen Reichsregierung zu führen.“<sup>8</sup>

Nach Hornbostels Aussage im Hochverratsprozeß gegen Guido Schmidt im Jahre 1947 nahm die Veröffentlichung des Juliabkommens „einen Stein der Belastung von allen ausländischen Gesandtschaften“ in Wien. Vor allem Frankreich

<sup>6</sup> Georges Castellan, Ein Vorspiel zum Anschluß (1935-1937). Nach der Korrespondenz des französischen Militärattachés in Wien, Oberst Salland. In: Stourzh – Zaar, Österreich, Deutschland und die Mächte, 147-166, hier 149.

<sup>7</sup> Hildebrand, Das Dritte Reich, 28; Hochverratsprozeß Schmidt, 30 (Verantwortung Guido Schmidt); MRP Abt. IX, Nr. 1025, 19. März 1936.

<sup>8</sup> ADÖ 10/1634, 1640; Aktenvermerk Hornbostel über den aktenmäßigen Verlauf der „Entspannungsbesprechungen“, 12. Juli 1936. In: Hochverratsprozeß Schmidt, 474 f. Im Zuge der allgemeinen Amnestie im Juli 1936 wurden 15.457 Personen begnadigt, im Frühjahr 1937 weitere 826. Am 9. Juli 1937 befanden sich noch 109 österreichische Nationalsozialisten wegen besonders schwerer, vor dem 11. Juli 1936 begangener Blut- und Sprengstoffdelikten in Haft. – Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Serie D (1937-1945), Bd. I: Von Neurath zu Ribbentrop (September 1937 – September 1938), (Baden-Baden 1950), Dok. 152, 237; vgl. Gerald Stourzh, Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung. In: Stourzh – Zaar, Österreich, Deutschland und die Mächte, 319-346.

und Italien schienen erleichtert, der Verantwortung für die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit praktisch entbunden zu sein. Wenn allerdings Schuschnigg meinte, das Juliabkommen als „Schlusspunkt [...] und nicht als Ausgangspunkt einer Evolution“ auffassen zu können, so hatte er sich grundlegend getäuscht, denn gerade das *Gentlemen's Agreement* gestaltete sich zum Ausgangspunkt eines Gleichschaltungsprozesses in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Hinsicht. Dennoch sah der nach dem Juliabkommen zum Staatssekretär avancierte, eher gesamtdeutsch eingestellte Schmidt – nach einem Vortragskonzept aus dem Jahre 1937 – die politische Funktion Österreichs nach wie vor als „Zwischenglied zwischen der deutschen, slawischen, romanischen und orientalischen Welt“. Österreich besitze zwangsläufig enge Beziehungen zum deutschen Raum und zum südlichen lateinischen Nachbarn und wirke als ausgleichender Faktor zwischen diesen und gegenüber den benachbarten Kleinstaaten. Seine historischen und kulturellen Verbindungen mit der gesamten Kulturwelt (einschließlich seiner medizinischen und musikalischen Traditionen) machten es zur Drehscheibe nach allen Richtungen des Kontinents. Die hieraus resultierende Grundlinie der Friedenspolitik Österreichs entspreche auch seinem „Volkscharakter“ und der „geopolitisch-strategischen Lagerung des Landes“. Freilich musste der Staatssekretär auch einräumen: „[...] die früheren Erblande und Kronländer schlossen sich infolge [der] Anziehungskraft des alten Österreich und des in Wien residierenden Kaisertums an, ohne organisch mit Österreich und seiner Mission zu verschmelzen“. – Erstaunlicherweise erwähnte Schmidt weder die ehemalige wirtschaftliche Verflochtenheit in der Habsburgermonarchie noch die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit des Bundesstaates Österreich vom Deutschen Reich.<sup>9</sup>

Schuschnigg und Schmidt bekamen im April 1937 in Venedig von Mussolini und Außenminister Galeazzo Graf Ciano verdeutlicht, dass eine künftige Ordnung des Donauraumes ohne Deutschland nicht in Frage komme (ADÖ 11/1745-1748). Auch in London erhielt Schmidt im Mai keine Garantie für die Unabhängigkeit Österreichs. So musste er sich in Paris bereits auf die Hervorhebung guter Wirtschaftsbeziehungen beschränken.<sup>10</sup> Vergleichbar den Kriegsvorbereitungen der Kleinen Entente im August 1935 im Falle einer Restauration sah auch die am 24. Juni 1937 vom Reichskriegsministerium erlassene „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“ bereits den „Sonderfall Otto“ für den Fall eines Krieges gegen Österreich vor, in der es hieß: „Bewaffnete Intervention gegen Österreich für den Fall, dass dieses die Monarchie wiederherstellen sollte. Ziel dieser Intervention wird sein, Österreich mit Waffengewalt zum Verzicht auf

<sup>9</sup> Hochverratsprozeß Schmidt, 168 f. (Zeugenaussage Theodor Hornbostel); Vortragskonzept Schmidt, o. D., AdR, NPA Präs., Nachlass Guido Schmidt, Kart. 1/I, fol. 178 f.

<sup>10</sup> Steiner, *The Triumph*, 155-157, 314; vgl. Enzo Collotti, *Fascismo e politico di potenza: politica estera 1922-1939* (Firenze 2000); Gianni Toniolo, *L' economia dell'Italia fascista* (Roma 1980).

eine Restauration zu zwingen.“ (ADAP D I, S. 355 f.) Von einer wirklichen Restaurationsgefahr konnte dabei gar keine Rede sein, denn weder das großdeutsche noch das sozialdemokratische „Lager“ hätten eine Restauration der Habsburger widerstandslos hingenommen. Im Übrigen hatte Schuschnigg dem Reichsminister des Auswärtigen, Konstantin von Neurath, bei dessen Besuch in Wien am 22. und 23. Februar 1937 ausdrücklich zugesichert, „dass eine Wiedereinsetzung der Habsburger gegen den Willen Deutschlands niemals durchgeführt werden könne“ (ADAP D I, Dok. 213). Aber auch andere Beteuerungen Schuschniggs halfen wenig: „Bekanntnis zu Österreich, Anerkennung seiner Verfassung, Zurkenntnisnahme der Vaterländischen Front, [...] Verzicht auf die Parteien jeglicher Art und jeglichen Namens, für die im neuen Staat kein Raum ist.“ Vor allem der preußische Ministerpräsident Hermann Göring und Papen drängten auf Erweiterung der „Verständigungspolitik“ in Österreich.<sup>11</sup>

### Zur internationalen Lage im Herbst 1937

Zwischen dem 25. und 29. September 1937 besuchte Benito Mussolini, der italienische Ministerpräsident und *Duce* der italienischen Faschisten, Deutschland. Hitler bereitete ihm – ganz im Gegensatz zum enttäuschenden Treffen von Venedig im Juni 1934 – einen imperialen Empfang samt eindrucksvoller Militärparade.<sup>12</sup> Nicht nur Österreichs Außenpolitik und Diplomatie fragten sich mit Recht, welche Rolle der zwischen Nationalsozialismus und Faschismus eingeklemmte österreichische Pufferstaat in den vertraulichen Gesprächen zwischen Hitler und Mussolini gespielt haben mag. Lord Vansittart, Permanent Under-Secretary im Foreign Office, hielt es „für höchst unwahrscheinlich“, „dass der Duce Österreich in weitgehendem Maße preisgeben könnte, um deutscherseits Unterstützung für italienische Pläne zu erlangen. Es wäre dies ein Zeichen einer so großen Schwäche Italiens, wie sie nicht angenommen werden könne“ (ADÖ 12/1780). In Berliner Journalistenkreisen kursierte einerseits die Vermutung, dass der Eindruck, den Mussolini „von der Kraft des Dritten Reiches empfangen“ haben könnte, „ein so gewaltiger sei, dass er jetzt einen solchen Nachbarn erst recht nicht am Brenner werde haben wollen“. Andererseits wurde „die Achse als gestählt bezeichnet“ (ADÖ 12/1782). Der meist gut informierte französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, war der Überzeugung, dass bei der Entrevue Hitler-Mussolini sehr wohl über Österreich gesprochen worden sei. Dabei habe sich Mussolini

<sup>11</sup> Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 34, C-175, 732-745; Alfred Kube, *Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich* (München 1986) 171-176; Gottfried-Karl Kindermann, *Feindcharakter Österreichs in der Perception des Dritten Reiches*. In: Stourzh – Zaar, *Österreich, Deutschland und die Mächte*, 75-96, hier 87 f.; Gerhard L. Weinberg, *Hitler's Foreign Policy. The Road to World War II* (New York 2005/10) 287-299.

<sup>12</sup> Steiner, *The Triumph*, 360; Walter Rauscher, *Hitler und Mussolini. Macht, Krieg und Terror* (Graz – Wien – Köln 2001) 245-248.



auf den Standpunkt gestellt, „mit Gewalt dürfe in Österreich von seiten Deutschlands nichts unternommen werden, Italien würde aber nichts dagegen tun, falls sich die Mehrheit der Bevölkerung Österreichs für ein engeres Zusammengehen mit Deutschland aussprechen würde. Im Übrigen sah der Botschafter den Nationalsozialismus in Österreich „noch immer im Zunehmen begriffen“ und stellte dem Gesandten Stephan Tauschitz die unangenehme Frage, „ob nicht der innere Druck der Nationalsozialisten auf die Regierung ein so großer sei, so dass man die Nazi in die Regierung werde aufnehmen müssen“ (ADÖ 12/1794).

Bereits am 5. Oktober 1937 richtete US-Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner sogenannten „Quarantäne-Rede“ in Chicago eine Warnung an die revisionistischen Staaten der Welt, forderte den Zusammenschluss aller friedlichen Nationen und drohte mit dem Ausschluss der Rechtsbrecher aus der Völkerfamilie.<sup>13</sup> – Japan und Deutschland waren freilich bereits aus dem Völkerbund ausgetreten, Italien sollte bald folgen, und die USA gehörten ihm noch immer nicht an. Gleichzeitig hörte Roosevelt bereits von seinem gut informierten Botschafter in Paris, William Bullitt, dass Frankreich nicht für Österreichs Unabhängigkeit kämpfen werde.<sup>14</sup> Seit dem Juliabkommen hatten sich die deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen nach der „Tausend-Mark-Sperre“ (1933-36) wieder normalisiert und einen deutlichen Aufschwung genommen. Der Leiter der Handelspolitischen Abteilung am Ballhausplatz, Gesandter Heinrich Wildner – der als junger Diplomat bereits in der Monarchie begonnen hatte, dann in der Zweiten Republik in führender Stellung tätig war – monierte sogar eine Steigerung im deutsch-österreichischen Clearing, die am Ende des Sommers 1937 zu einer Spitze, d. h. einen Überschuss, im deutsch-österreichischen Devisenverkehr von 50 Millionen Schilling geführt habe. Die Zunahme erklärte Wildner mit Mehraufwendungen für den Reiseverkehr (10 Millionen), für Frachten (12 Millionen), den Film (1 ½ Millionen) und der Zunahme des allgemeinen Warenverkehrs. Dagegen habe der deutsche Export nach Österreich die Erwartungen bei weitem nicht erfüllt. Daher empfahl das Wirtschaftliche Ministerkomitee in Wien, möglichst bald eine Besprechung mit der deutschen Regierung anzuberaumen. Österreich sollte dabei keine Kürzung seiner Exporte vorschlagen, sondern eine Erhöhung der deutschen Ausfuhr (ADÖ 12/1788). – Die Kürzung der deutschen Exporte hing natürlich mit der radikal expansiven NS-Rüstungswirtschaft zusammen, die zu Lasten des Handels mit zivilen Produkten ging.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> David M. Kennedy, *Freedom from Fear. The American People in Depression and War, 1929-1945* (New York – Oxford 1999). Schon 1933 hatte sich Roosevelt gegenüber dem französischen Botschafter Paul Claudel geäußert, Hitler sei „a madman“. Er kenne persönlich einige von Hitlers Beratern, setzte der Präsident fort, und diese seien „even madder than he is.“ (158)

<sup>14</sup> Steiner, *The Triumph*, 343, 360.

<sup>15</sup> Vgl. Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus* (München 2008).

Erst am 13. November 1937 kam Legationsrat Karl Clodius, stellvertretender Leiter der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, nach Wien, um mit Wildner alle offenen handelspolitischen Fragen zu besprechen. Zunächst wurden die einschlägigen Ein- und Ausfuhrzahlen vergleichend besprochen, wobei sich zeigte, dass die österreichische Ausfuhr nach Deutschland (70 Millionen Mark) deutlich stärker zugenommen hatte, als der deutsche Export nach Österreich (87 Millionen Mark). Während die österreichische Seite eine weitere Steigerung der deutschen Ausfuhr wünschte, sprach Clodius die Einführung einer Währungsunion an, wobei die bereits knappen Devisenbestände der Reichsbank zu dieser Überlegung beigetragen haben könnten. Schließlich einigte man sich darauf, dass die deutsche Seite die Ausfuhr durch Prämierung steigern wolle, während die österreichische Seite eine Zwischenfinanzierung der Clearingspitze zusagte (ADÖ 12/1812). Am 19. Januar 1938 erläuterte Clodius dem österreichischen Legationsrat Rudolf Seemann – durchaus fordernd – folgende Standpunkte der deutschen Außenhandelspolitik gegenüber Österreich:

- die deutsche Ausfuhr nach Österreich könne noch um etwa 10 vielleicht sogar um 15 Millionen Reichsmark gesteigert werden;
- er erwarte eine Stellungnahme der Wiener Regierung zur Zwischenfinanzierung, da die deutschen Bezugsfirmen die österreichischen Lieferanten mit der Begleichung der Fakturen nicht so lange warten lassen könnten;
- falls Deutschland seinen Export nach Österreich fördern solle, müssten die Kontingentbeschränkungen fallen;
- Österreich möge seine Kohleimporte prüfen, da Deutschland dem Werte nach noch nicht mit einem Drittel an den österreichischen Kohlenbezügen beteiligt sei;
- um die Clearingspitze abzubauen, sollte auf österreichische Firmen „soweit als nur möglich ein Zwang“ ausgeübt werden, „in Deutschland zu kaufen“;
- Österreich schränke durch seine Handels- und Wirtschaftspolitik die Konsumfähigkeit des Landes ein; „einen Ausweg aus dieser Lage würde er in einer größeren Konjunkturpolitik, in der Finanzierung von Aufträgen und dergleichen sehen“ (ADÖ 12/1852).

Der Beauftragte Hitlers für Wirtschaftsfragen, SS-Gruppenführer Wilhelm Keppeler, erkannte einerseits grundsätzlichere wirtschaftspolitische Differenzen, andererseits ungenützte Potenziale:

- „Österreich betreibt unter der Aegide des Präsidenten der Nationalbank, Kienböck, eine ausgesprochene Deflationspolitik à la Brüning, so dass selbst österreichische Regierungskreise (Schmidt, Glaise, u. a.) sich bei mir sehr darüber beschwert haben. Wenn wir erneut, wie vor einem Jahr, bestrebt wären, den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Österreich zu beleben, könnten wir natürlich unsererseits das Vielfache von Österreich beziehen; die Gegenlieferungen würden aber ausbleiben. [...]“
- „Die Wiederbelebung des Handelsverkehrs und die Wiederaufrichtung der österreichischen Wirtschaft ist aber ein Kinderspiel, sobald die Währungsgrenzen

zwischen Deutschland und Österreich geschwunden sind, während die Zollfrage nur eine untergeordnete Rolle spielt. [...] Zur Zeit verfault das österreichische Holz im Wald, der Einschlag ist mangels Absatz weit unter dem Normalen, während wir im Wald fast Raubbau treiben. Der Überfluss Österreichs an Vieh, Butter und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen könnte voll aufgenommen werden, und dazu wäre es eine große Erleichterung für unseren inneren Aufbau, wenn wir in größerem Umfange die österreichische Industrie für Lieferungen für Deutschland mit heranziehen könnten, und der Vierjahresplan könnte dadurch zeitlich rascher vollzogen werden. Des weiteren kommt hinzu, dass das größte Interesse bestände [recte: bestünde], die Wasserkräfte Österreichs auszubauen. Es kämen hier einerseits die Gebirgswasserkräfte in Betracht (Tauern, Westtiroler Gruppe, Lüner See, u.s.w.) wie auch vor allem die Stromgewinnung an der Donau, womit gleichzeitig der Donauwasserweg reguliert würde. Besonders das letztere Projekt wäre dringend, da bei Ausbau der Donauwasserstraße sowohl Österreich wie auch der ganze Südosten dadurch wesentlich näher an Deutschland herankommen würden. Auf Grund von neueren Informationen können aus den Alpenflüssen bequem 10 Milliarden kWh und bei Ausbau der Donau etwa das gleiche Quantum an Strom bezogen werden. Zur Zeit wäre Deutschland in großem Umfange hierfür aufnahmefähig, und die Entlastung, die dadurch für unsere Kohlenbergbau eintreten würde, wäre durchaus erwünscht.“

- „Mit anderen Worten, ohne Behebung der Währungsgrenze wird Österreich im wirtschaftlichen Elend stecken bleiben, während nach Beseitigung in kürzester Frist die Erwerbslosen in Arbeit kämen und der Wohlstand Österreichs sich überraschend schnell heben würde.“ (ADAP D I, Dok. 289)

Zwischen dem 11. und 13. Februar 1938 – während Schuschnigg auf dem „Berg-hof“ von Hitler gedemütigt wurde – gab es neuerliche Verhandlungen zwischen Wildner und Clodius in Wien. Wildner beklagte erneut das „Zurückbleiben der deutschen Einfuhr“ und der stärkeren Inanspruchnahme des Clearings. Clodius wünschte sich eine österreichische Zwischenfinanzierung für die Clearingspitze und verwies auf die zum 31. Dezember 1937 fälligen deutschen Forderungen gegen Österreich in Höhe von 74 Millionen Reichsmark, wobei die Forderungen der Buchhändler 4,18 Millionen, die der Kohlehändler 3,12 Millionen betrügen. Außerdem beklagte er, dass es für französische Autos angeblich einen niedrigeren österreichischen Einfuhrzoll gebe, dass deutsche pharmazeutische Erzeugnisse immer stärker von der Verwendung bei den österreichischen Krankenkassen ausgeschlossen würden und dass es bei der Produktion von Eisenröhren angeblich ein Zusammengehen der österreichischen Produzenten mit Ungarn und der Tschechoslowakei gebe (ADÖ 12/1892).

Eine von der Bundespolizeidirektion Wien dem Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten am 15. Oktober 1937 aus vertraulicher Quelle zugekommene Information behauptete, dass der tschechoslowakische Außenminister Kamil

Krofta, ein auch am Wiener Institut für österreichische Geschichtsforschung ausgebildeter Historiker, bei seinen Besprechungen in Paris Anfang Oktober folgende Zusicherungen erhalten habe (ADÖ 12/1790):

- 1) Frankreich werde seinem Bündnis mit der Tschechoslowakei „unter allen Umständen treu“ bleiben. „Sogar im Falle einer indirekten Bedrohung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der ČSR kann letztere auf eine automatische unverzüglich einsetzende und wirksame Hilfe von seiten Frankreichs rechnen.“
- 2) Frankreich und die Tschechoslowakei würden eine „unbeirrbar und konsequente Politik der Treue gegenüber dem Völkerbunde führen“, „gestützt auf die Sympathie und aktive Förderung Großbritanniens“. Die Regierungen in Paris und Prag sähen auch keinerlei Anlass für eine Revision ihrer Politik hinsichtlich Sowjet-Russlands.
- 3) Frankreich und die Tschechoslowakei sähen als eine der wichtigsten Aufgaben ihrer Diplomatie die Herbeiführung einer Verständigung zwischen Frankreich, England und der Kleinen Entente einerseits und Italien andererseits. Die „Achse“ Rom-Berlin habe auf dem Gebiet der internationalen Politik vor allem „taktische Bedeutung“.
- 4) Die französische Regierung werde aktiv „die Realisierung des Planes einer wirtschaftlichen Donaukonstruktion fördern, und zwar durch Anleihen, Investitionen, Schutzzölle und Präferenzen. Paris werde auch „energischen diplomatischen Druck auf Bukarest ausüben, um die Verständigung zwischen Ungarn und der Kleinen Entente in der Frage der nationalen Minderheiten zu beschleunigen“.<sup>16</sup>
- 5) Frankreich wird zudem all seinen Einfluss geltend machen, „um den natürlichen Prozess einer tschechoslovakisch-polnischen Verständigung zu beschleunigen“.
- 6) Auch angesichts einer „deutschen“ und „russischen Gefahr“ werden Frankreich und die ČSR „auf [die] allerentschiedenste Anwendung des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder dringen“.<sup>17</sup>

Die Prager Politik fühlte sich im Herbst 1937 tatsächlich von verschiedenen Entwicklungen im Deutschen Reich bedroht und erörterte auch mit ausländischen Staatsmännern die internationale Lage. So sprach Ministerpräsident Milan Hodža, der noch Ende September 1937 mit Schuschnigg in Baden bei Wien konferiert hatte (ADÖ 11/1779), mit dem französischen Ministerpräsidenten Léon Blum über die Möglichkeit eines „Vorgehens Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei“. Der tschechoslowakische Regierungschef bestätigte auch dem öster-

<sup>16</sup> Vgl. Ernst Flachbarth, *System des internationalen Minderheitenrechtes* (Budapest 1937).

<sup>17</sup> Das BKA/AA beauftragte den Gesandten Marek, die Authentizität dieser Information zu überprüfen. – ADÖ 12/1793. Vgl. Piotr S. Wandycz, *Foreign Policy of Edvard Beneš, 1918-1938*. In: Victor S. Mamatey and Radomír Luža (eds.), *A History of the Czechoslovak Republic, 1918-1948* (Princeton 1973) 216-238.

reichischen Gesandten Ferdinand Marek, dass Krofta bei seinem jüngsten Besuch in Paris „eine Art convention amical“ geschlossen habe, nach der Frankreich auch bei einem „nichtoffiziellen Angriff“ Deutschlands der Tschechoslowakei zu Hilfe kommen werde (ADÖ 12/1791).<sup>18</sup> Ein nichtoffizieller Angriff, erläuterte Hodža, könne ein absichtliches Hervorrufen von Zwischenfällen sein, die zwar nicht von der Reichsregierung ausgingen, aber von „S.S.-Lausbuben“ angezettelt werden könnten. Besonders gefährlich schien Hodža der Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, zu sein; aber auch der NSDAP-Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, und Hermann Göring, der Präsident des Reichstags und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, seien radikal „und würden sich gegebenenfalls nicht um Hitler und die Reichswehr kümmern, die bestimmt Ruhe haben wollten“.<sup>19</sup> – Dies sollte sich als völlige Fehleinschätzung Hodžas erweisen.

### Hitlers Kriegszielpolitik

Trotz oder gerade wegen des deutsch-österreichischen Juliabkommens (ADÖ 10/1640) rechnete niemand in Österreich oder in anderen europäischen Staaten damit, dass Hitler bereits am 5. November 1937 dem Reichskriegsminister, den Oberbefehlshabern des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe sowie dem Reichsminister des Auswärtigen ankündigte, dass er die „Niederwerfung“ Österreichs und der Tschechoslowakei anstrebe, gegebenenfalls sogar bereits im Jahre 1938, wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat gefesselt sei. Die „Einverleibung der Tschechei und Österreichs [könne] den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange“ (Es bleibt unklar, wen Hitler – abgesehen von den Juden – noch meinte). „Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle.“ Hitler argumentierte mit seinen bekannten sozialdarwinistischen, geopolitischen und rassebiologischen Argumenten und nannte im Einzelnen das Aufhalten des Rückganges des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei, die Notwendigkeit der Gewinnung von „landwirtschaftlich nutzbarem Raum“ und

<sup>18</sup> Vgl. Martin Zückert, *Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918-1938* (München 2006). Hodža informierte Marek auch über die Emigration Otto Bauers von Prag nach Paris, wo er „innigen Kontakt“ mit León Blum aufrechterhalte. „Durch ihn werde die französische Regierung sehr einseitig und unrichtig über die österr. Verhältnisse informiert.“ – ADÖ 12/1791. Am 10. Dezember bedankte sich Marek ganz im Sinne der Bundesregierung bei Hodža für das Druck-, Erscheinungs- und Verbreitungsverbot gegenüber der „Arbeiter-Zeitung“ in der Tschechoslowakei. – ADÖ 12/1819.

<sup>19</sup> Vgl. Peter Longenrich, *Heinrich Himmler. Biographie* (Berlin <sup>3</sup>2008).

das Erstreben einer „bedingten“ Autarkie bei wichtigen Rohstoffen wie Kohle, Erzen, Faserstoffen und Ernährungsfetten. „Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein“, zeigte sich Hitler zu allem entschlossen. „Die Kämpfe Friedrichs d. Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen und die Schnelligkeit des preußischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten.“<sup>20</sup>

Natürlich erhielt Staatssekretär Schmidt in Berlin auf seiner Rückfahrt von einem Gegenbesuch bei Außenminister Józef Beck in Warschau<sup>21</sup> keine Information über dieses Geheimtreffen. Vielmehr behauptete er am 9. November gegenüber der Presse, dass trotz einiger Pressepolemiken das Juliabkommen gut arbeite. Aber wenige Tage später warnte Berlin in einem halboffiziellen Statement die österreichische Regierung, dass gewisse Entwicklungen in Österreich dazu beitragen, die „nationale Opposition“ gegenüber Schuschnigg zu schwächen. Aus dem Ausland gebe es Behauptungen, dass Österreich vom Reich bedroht werde, um es von Deutschland zu trennen. Aber aus der Sicht Berlins sollte es nicht so schwierig sein, einen normalen Status zwischen dem Reich, Österreich und der deutschen Nation zu erreichen.

Italiens Beitritt zum Anti-Kominternpakt am 6. November 1937, den das Deutsche Reich und Japan am 25. November 1936 abgeschlossen hatten<sup>22</sup>, warf auch für die österreichische Landesverteidigung Fragen auf. Die Operationsabteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung entwarf einige Optionen, da von Italien und Deutschland die Frage des freien Durchmarsches durch Nordtirol bzw. Osttirol, Kärnten und Salzburg an Österreich herangetragen werden könnte.<sup>23</sup>

<sup>20</sup> Bernd-Jürgen Wendt, *Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes* (München 1987) 191-202; Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945* (Berlin 1986) 559-564; Erwin Schmidl, März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich (Wien 1987) 32 f.; vgl. Helmut Rumpler, Ein ehemaliger Österreicher namens Adolf Hitler. In: Othmar Karas (Hg.), *Die Lehre. Österreich: Schicksalslinien einer europäischen Demokratie* (Wien 1988) 75-95.

<sup>21</sup> Beck war nur zur Unterzeichnung eines Kulturabkommens bereit gewesen. Als er am 1. Oktober aus Genf kommend in Wien Station gemacht hatte, hatte er die Hoffnungslosigkeit der Situation Österreichs erkannt, meinte aber irrigerweise, dass eine „Kapitulation“ Österreichs Europa einen „zwanzigjährigen Frieden“ retten könnte. – Józef Beck, *Dernier rapport. Politique polonaise 1926-1939* (Neuchâtel 1951) 141; Henryk Batowski, *Austria i Sudety 1919-1938 [Österreich und die Sudeten 1919-1938]* (Poznań 1968). Schuschnigg erinnerte sich 1947 an eine pessimistische Stellungnahme: „Über Polen berichtete Schmidt nach seiner Rückkehr aus Warschau, dass dort eine starke deutsche Einflussnahme zu bemerken sei und für Österreich nur geringes Interesse bestünde.“ – Hochverratsprozeß Schmidt, 434.

<sup>22</sup> Renzo de Felice, *Betrachtungen zu Mussolinis Außenpolitik*. In: *Saeculum* 24/4 (1973) 314-327.

<sup>23</sup> Generalstabschef FMLt. Alfred Jansa verlangte bereits am 27. November 1937 in einer Notiz auf dem Mantelbogen, folgende konkrete Arbeiten sogleich in Angriff zu nehmen: „1.) genaue Untersuchung, was durch Zerstörungen in Tirol-Salzburg-Kärnten technisch-theoretisch erreicht

Grundsätzlich sahen die Autoren des „Amtsvortrages“ durch die Verbindung Japans mit der Achse Berlin-Rom sowohl die Sowjetunion als auch Frankreich und die Tschechoslowakei in ihrer strategischen Gesamtlage geschwächt. Die UdSSR müsste im Konfliktfall erhebliche Kräfte in Ostasien bereitstellen (Randnotiz von Feldmarschallleutnant Alfred Jansa: „Und Amerika?“), Frankreich sei in der Luft und zur See Deutschland und Italien unterlegen. Großbritannien müsste sich ebenfalls mehr auf seine Empire-Interessen in Asien konzentrieren.<sup>24</sup> Die Begehrlichkeit Rumäniens auf Bessarabien und Polens auf die Ukraine könnten beide Staaten veranlassen, „die Sache Roms und Berlins zu ihrer zu machen“. Österreichs Landesverteidigung rechnete also mit einer von Deutschland wie Italien gestellten Forderung nach freiem Durchmarsch durch Nordtirol, außerdem mit der Forderung nach freier Benützung der Linie Tarvis-Villach-Tauernbahn-Salzburg. Österreich müsste sich zuerst entscheiden, weiterhin neutral zu bleiben<sup>25</sup> oder sich den Achsenmächten anzuschließen. Im Falle der Neutralität hätte Österreich eine Garantie seiner Unabhängigkeit zu verlangen, ebenso die weitere Hoheit über seinen Bahnverkehr und dass keine fremde Truppen in Österreich stationiert blieben. Für einen Anschluss Österreichs an das Bündnis Deutschlands mit Italien sollten neben der Garantie der Unabhängigkeit auch die Angliederung Südtirols sowie der deutschen Gebiete der Tschechoslowakei an der Nordgrenze Österreichs [sic!], das freie Verfügungsrecht über das Bundesheer, eine militärische Unterstützung gegen Jugoslawien und die Unterstützung mit modernem Kriegsgerät (Artillerie, Flugzeuge, Kampfwagen, Flieger- und Panzerabwehrwaffen) verlangt werden. Ja, im Rahmen der gemeinsamen Kriegsführung dachte die Operationsabteilung sogar an eine Offensive gegen die Tschechoslowakei [sic!]. – Andererseits, im Falle eines geplanten Widerstandes Österreichs gegen einen deutsch-italienischen Durchmarsch, dachte man im westlichen Teil des Bundesgebietes an „die nachdrücklichste Zerstörung aller nennenswerten durchlaufenden Kommunikationen“: entlang der Brenner- und Tauernbahn sowie entlang der Linien Reschenscheideck-Landeck-Imst-Leermoos-Reutte-Füßen, Innsbruck-Seefeld-Scharnitz, Innsbruck-Kufstein, Jenbach-Achenpass, Sillian-Lienz-Großglockner-Bruck-Saalfelden-Lofer-Steinpass und Tarvis-Villach-

---

werden könnte [...]. 2.) Was muss hiezu personell u. materiell über das bereits vorgesehene vorbereitet werden [...] 3.) Genaues Studium der Angriffsmöglichkeiten auf die Tsch. [echoslowakei]... Alle vorgenannten Arbeiten dürfen die Fertigstellung der laufenden Arbeiten DR u T + Ju nicht verzögern.“ (ADÖ 12/1802)

<sup>24</sup> Randnotiz Jansas: „Das Gros der engl. Flotte wird immer im Mittelmeer gemeinsam mit der französ. zu finden sein; das Mittelmeer ist Engl. Schlagader! Die Flotte ist stark genug, um die deutsche in der Nordsee einzuschließen und gegen Japan mit Holland und Amerika gemeinsam zu halten bis Ital. niedergerungen ist.“ Vgl. Steiner, *The Triumph*, 114.

<sup>25</sup> Zur Geschichte und Problematik des Neutralitätsgedankens in Österreich 1918-1938 vgl. Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955* (Wien – Köln – Graz <sup>5</sup>2005) 241-252.

Lend-Bischofshofen-Salzburg. Und der Operationsplan enthielt auch schon die genaue Zahl an Offizieren, Soldaten und Sprengstoff, um die entsprechenden Sperrungen und Sprengungen durchzuführen (ADÖ 12/1802).<sup>26</sup>

Da in der Auslandspresse immer wieder Gerüchte über die angebliche Aufdeckung „weitverzweigter“ NS-Organisationen innerhalb des österreichischen Bundesheeres kursierten, „als ob die österr. Staatsführung nicht oder unzureichend mit der vaterländischen Gesinnung und der Verlässlichkeit der Wehrmacht rechnen könnte“, gab Schuschnigg dem Gesandten Hornbostel noch am 22. Dezember 1937 den Auftrag, einen Zirkularerlass an die Auslandsvertretungen hinauszugeben: „[...] Demgegenüber kann auf Grund der amtlichen Erhebungen festgestellt werden, dass die oben angedeuteten Gerüchte phantastische und böswillige Übertretungen der, in Zusammenhalt mit der Stärke der Wiener Garnison von ca. 15.000 Mann, recht unbedeutenden, Tatsachen darstellen, dass vor einigen Wochen dank der Wachsamkeit eines Subalternoffiziers das Bestehen einzelner nationalsozialistischer Zellen unter den Mannschaftspersonen und im Unteroffiziersstande in der Gesamtstärke von insgesamt bloß 27 Personen aufgedeckt wurde.“<sup>27</sup> [...] Die Gesandten sollten insbesondere darauf hinweisen, dass „kein einziger Offizier in diesem Zusammenhange belastet erscheint und dass Gesinnung, Geist und Haltung der österreichischen Wehrmacht erwiesenermaßen über jeden Zweifel erhaben ist.“ (ADÖ 12/1825)

In der internationalen Diplomatie traute man weder Hitler noch Mussolini. Der jugoslawische Gesandte in Paris, Božidar Purić, später Generalsekretär im Belgrader Außenministerium und 1943/44 Ministerpräsident der jugoslawischen Exilregierung, äußerte sich Anfang November gegenüber seinem österreichischen Kollegen Alois Vollgruber recht pessimistisch über die weitere Entwicklung der allgemeinen Lage. Die vom Generalsekretär am Quai d’Orsay, Alexis Léger, initiierte Idee des Abschlusses eines Beistandspaktes der Kleinen-Entente-Staaten bezeichnete Purić geradeheraus als „Wahnsinnstat“, da sie einer Provokation Deutschlands und Italiens gleichkäme. Als Argument verwende Léger stets das

<sup>26</sup> Tatsächlich ließ die österreichische Regierung im Herbst 1937 Grenzbefestigungsarbeiten an der tschechoslowakischen, jugoslawischen, italienischen und deutschen Grenze durchführen, die Straßensicherungen und –sperrungen einschlossen. – ADÖ 12/1821, 1834; knapp vor Weihnachten informierte Jansa auch den deutschen Militärattaché, Generalleutnant Wolfgang Muff. – ADÖ 12/1827.

<sup>27</sup> Tatsächlich wurden am 17. und 18. November 52 Offiziere und Soldaten eines österreichischen Regiments festgenommen, die eine NS-Zelle gebildet hatten. Zur Frage der Verlässlichkeit des Bundesheeres vgl. Schmidl, März 38, 47-57. Als der steirische SA-Brigadeführer Sigfried Uiberreither, der spätere Gauleiter und Reichsstatthalter, knapp vor dem „Anschluss“ Oberstleutnant Julius Ringel, im März 1938 Führer der Gaugruppe Süd des Nationalsozialistischen Soldatenrings – im Weltkrieg General der Gebirgstruppen, fragte, ob er auf die SA schießen werde, wenn er dazu den Befehl erhalte, erhielt er die offene Antwort: „Wenn ein Soldat einen Befehl bekommt, dann befolgt er auch diesen Befehl.“



Argument, „Herr Mussolini [habe] Österreich ja doch schon aufgegeben.“ (ADÖ 12/1797)<sup>28</sup>

Auch der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš blieb skeptisch. In Bezug auf die sudetendeutsche Frage wollte er auswärtigem Druck nicht nachgeben, wie er gegenüber seinem langjährigen Gesprächspartner, dem Gesandten Ferdinand Marek, am 15. November betonte. Der Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, habe ihn schriftlich aufgefordert, „die Theorie vom Nationalstaat zu widerrufen und zuzustimmen, dass die Tschechoslowakei ein Nationalitätenstaat sei“. Beneš versuchte sich herauszureden, dass zwar Ministerpräsident Karel Kramář 1918/19 den Begriff „Nationalstaat“ verwendet hätte, er selbst aber in der Nationalversammlung gegen die Aufnahme der Worte „Nationalstaat“ und „Staatsprache“ in der Verfassung gesprochen habe. Die Sudetendeutschen wie die Slowaken verlangten eine „Autonomie“, ohne den Begriff definieren zu können. „Wenn die Deutschen sagen, sie machen 21 % der Bevölkerung in der Tschechoslowakei aus, so verstehe es Dr. Beneš, wenn sie in Allem einen 21 %igen Anteil verlangen. Wenn sie sagen, dass in dem oder in jenem Bezirk eine Minoritätenschule sein müsse oder keine sein dürfe, so verstehe das der Präsident auch. Kurz und gut, die Politik müsse sich um Konkretes drehen und nicht um abstrakte Begriffe.“<sup>29</sup> – Beneš wollte im Übrigen nicht glauben, dass irgendein verantwortungsbewusster Mensch in Europa einen Krieg heraufbeschwören wolle, „der das Schrecklichste wäre, was die Welt jemals erlebt hat“. Die Tschechoslowakei sei „zu jeder Kollaboration bereit“ und wolle „nie etwas machen, was von Seiten des größten Nachbarn [...], dem Deutschen Reich, berechtigter Weise als gegen Deutschland gerichtet aufgefasst werden könnte. Er wolle, was immer auch geschehe, gegen Deutschland loyal und ehrlich vorgehen.“<sup>30</sup> – Loyal und ehrlich waren zwei Lieblingswörter Beneš', freilich wurden sie ihm weder in Berlin und Wien, noch in Warschau und Budapest abgenommen. Dennoch hoffte der Präsident auf eine Détente zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, worin ihn auch der deutsche Gesandte Eisenlohr bestärkte. Aber Marek bezweifelte, ob dem Optimismus Eisenlohrs reale Tatsachen zugrunde lagen (ADÖ 12/1803).

Am 20. November 1937 besuchte Lord President Halifax Hitler auf dem Berghof am Obersalzberg bei Berchtesgaden (ADAP D I, Dok. 31). Nach seiner Tagebuchaufzeichnung habe Halifax zu Hitler gesagt, dass Österreich, die Tschechoslowakei und Danzig „in die Kategorie möglicher Änderungen der europäischen

---

<sup>28</sup> Vgl. Bogdan Krizman, *Vanjska politika jugoslavenske države 1918-1941. Diplomatsko-historijski pregled* [Die Außenpolitik des jugoslawischen Staates 1918-1941. Diplomatisch-historischer Überblick] (Zagreb 1975) 83-85; Jacob B. Hoptner, *Yugoslavia in Crisis, 1934-1941* (New York and London 1962).

<sup>29</sup> Vgl. Jaroslav Kučera, *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938* (München 1999).

<sup>30</sup> [Edvard Beneš] *An Active and Responsible Czechoslovak Statesman, Germany and Czechoslovakia, I-II* (Prague 1937); vgl. Igor Lukes, *Czechoslovakia between Stalin and Hitler: The Diplomacy of Edvard Beneš in the 1930s* (New York 1996).

Ordnung“ fielen, „zu denen es im Laufe der Zeit wohl kommen könne“. Hitler habe geantwortet: „Deutschland wünsche Österreich nicht zu annektieren oder in politische Abhängigkeit zu bringen – sein Bestreben sei es, mit friedlichen Mitteln eine umfassende Wirtschafts-, Kultur-, Handels- und möglicherweise Geld- und Währungsunion mit Österreich herbeizuführen und in Österreich eine Regierung vorzufinden, die gegenüber Deutschland wirklich freundschaftlich eingestellt und bereit sei, zum gemeinsamen Nutzen beider Zweige der germanischen Rasse Hand in Hand zu arbeiten.“<sup>31</sup> – Nicht einmal Botschafter François-Poncet konnte Wesentliches aus dem mehrstündigen Gespräch in Erfahrung bringen. Der US-Geschäftsträger erfuhr von Reichsaußenminister Neurath, dass über eine allfällige Restitution ehemaliger deutsche Kolonien gesprochen worden sei. Hitler selbst betonte am Tage nach der Unterhaltung mit Halifax vor der NSDAP-Ortsgruppe Augsburg, dass das Wesentliche sei, „dass Deutschland gegenwärtig eine neue und starke Armee besitzt und dass es sich von seinem Minderwertigkeitskomplex befreit hat“ (ADÖ 12/1808). Eine Artikelserie im Londoner *Observer* zum Zeitpunkt des Halifax-Besuches befürwortete die Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland, „weil sie der Schlüssel zum Weltfrieden sei“. Der Herausgeber James Louis Garvin sprach in einem Leitartikel direkt aus, „dass der Prozess deutscher Einigung noch nicht zu Ende geführt sei und das unverrückbare Ziel Hitlers, des Propheten des größeren Deutschlands, bilde [...]. Die Eingliederung Österreichs in irgendein System engerer Einheit mit den anderen Deutschen sei nicht weniger natürlich und unvermeidlich als der Zusammenschluss der deutschen Staaten unter Bismarcks Führung. Ohne eine Wiedervereinigung mit der Masse ihres Volkes hätten die Österreicher keine große und sichere Zukunft. Diese bedeutungsvolle Frage müsse zwischen den Deutschen selbst entschieden werden. Großbritannien habe damit nichts zu tun.“ Eine Einmischung oder gar ein Krieg wegen Österreichs würde im Übrigen von den Dominien nicht gebilligt werden. Garvin bezeichnete schließlich die Tschechoslowakei „als einen unnatürlichen und unhistorischen Staat, für dessen Erhaltung Großbritannien auf gar keinen Fall zu den Waffen greifen würde.“ Der *Manchester Guardian* veröffentlichte am 22. November einen Bericht seines Berliner Korrespondenten, in dem dieser erklärte, „die deutschen maßgebenden Kreise seien zur Überzeugung gekommen, dass der Anschluss nur eine Frage der Zeit sei, wobei die schrittweise Aufsaugung Österreichs den sichersten und besten Weg bilde“. Die allgemeine europäische Lage werde für diesen Plan als sehr günstig angesehen, auch Frankreich könne und wolle gegen eine friedliche Aufsaugung Österreichs durch Deutschland nicht intervenieren (ADÖ 12/1805).

Der angesehene Langzeit-Gesandte Österreichs in London, Georg Franckenstein, bestätigte, dass Garvins These „derzeit seitens der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung – wenn diese befragt würde – Billigung fände“. Nicht nur in der

---

<sup>31</sup> Ian Kershaw, *Hitler 1936-1945* (Darmstadt 2000) 111; Steiner, *The Triumph*, 338 f.

Bevölkerung sondern auch bei Verbänden früherer Kriegsteilnehmer herrsche „eine fanatische Abneigung gegen jeden Krieg“. Hohe britische Generäle verwiesen jedoch auf das gewaltige Übergewicht der britisch-französischen Flotten gegenüber der italienisch-deutschen und vertrauten auf die immer enger werdende Interessengemeinschaft der beiden angelsächsischen Reiche. Die Briten mit ihrem „Bulldog-Charakter“ würden auch nicht gegenüber allfälligen Luftangriffen nachgeben. Entgegen der veröffentlichten Meinung betrachte das britische Kabinett – so glaubte es jedenfalls Franckenstein zu wissen – „die Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs auch weiterhin als Axiom der europäischen Politik“ (ADÖ 12/1806). Knapp vor Weihnachten 1937 meinte Franckenstein allerdings, dass vor 1940, wenn „die ersten der großen Schlachtschiffe in den Dienst gestellt werden und die Modernisierung der Luftflotte beendet sein wird, kaum mit einem energischen Vorgehen der englischen Regierung zu rechnen [sei], und bis dahin wird sich Europa nolens volens mit dem ‚Völkerbundstatut‘ begnügen müssen“.<sup>32</sup>

Staatssekretär Schmidt glaubte am 23. November 1937 noch, mit dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring – seit September 1936 als Beauftragter für den Vierjahresplan zweifellos der zweimächtigste Mann im Deutschen Reich – einen *modus vivendi* finden und einen Jagdbesuch Görings in Tirol arrangieren zu können, dem auch Schuschnigg zugestimmt hatte. Als inhaltliche Schwerpunkte eines Gedankenaustausches schlug Schmidt die folgenden Punkte vor (ADÖ 12/1807):

- 1) Das Juliabkommen 1936 habe sich bewährt; Österreich werde keine Gelegenheit außer Acht lassen, „um für die Schicksalsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten einzutreten“.
- 2) Als erster sichtbarer Schritt der Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet sollte Göring als ehemaligem Offizier des verbündeten kaiserlichen Heeres im Weltkrieg und nunmehrigem Generalobersten der neuen deutschen Armee eine Gebirgsübung des österreichischen Bundesheeres vorgeführt werden. Bundeskanzler Schuschnigg würde bei dieser Gelegenheit auch Fragen betreffend Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden Armeen erörtern.
- 3) Hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen könnte Göring die Ergebnisse der mit Legationsrat Clodius in Wien geführten Gespräche der Öffentlichkeit mitteilen.

---

<sup>32</sup> Ges. Franckenstein an BKA/AA, London, 22. Dezember 1937, ADAP D I, Dok. 274. Das Archiv des Auswärtigen Amtes enthält eine große Anzahl österreichischer Dokumente, die der Wilhelmstraße auf illegale Weise zugänglich wurden. Häufig sind zwei Exemplare vorhanden, von denen das eine aus Wien stammte und das andere aus der Hauptstadt, an die das Schriftstück gerichtet war. Die österreichischen Dokumente sind gewöhnlich mit einem Begleitschreiben versehen: entweder von der deutschen Gesandtschaft in Wien oder von der Geheimen Staatspolizei in Berlin.

- 4) Nachdem sich Hitler am 11. Juli 1936 „in aller Form zur Nichteinmischung in die innerpolitischen Fragen Österreichs“ bekannt hatte, wäre es eine Erleichterung, „wenn die nationalen Kreise Österreichs, die ihre Sympathie für den Reichskanzler und für das Deutsche Reich sowie für den Nationalsozialismus im Deutschen Reich zum Ausdruck bringen, nicht unter einem ihre Antipathie gegen Österreich und die österreichische Staatsführung bekunden würden“.

Da Göring Schmidt die Annahme einer Einladung zu einem Jagdbesuch in Österreich in Aussicht gestellt und Schmidt offensichtlich entsprechende Vorbereitungen hatte treffen lassen, sprach der Staatssekretär auch die Nachteile einer eventuellen Absage an. Die Formulierungen Schmidts waren auch im diplomatischen Gebrauch viel zu entgegenkommend, um nicht zu sagen unterwürfig (ADÖ 12/1807). Dies konnte der „Reichsjägermeister“ Göring von seinem übersteigerten Selbstbewusstsein her nur missverstehen. Bereits am 6. November hatte er Schmidt in Carinhall eine Landkarte gezeigt, auf der die Grenzen zwischen Deutschland und Österreich bereits verschwunden waren. Ob dieser „private“ Besuch Schmidts den Intentionen Schuschnigg entsprach, muss bezweifelt werden.<sup>33</sup>

Am selben Tag erschien im Pariser Organ der Regierungspartei, *République*, ein Artikel, „in dem mit großem Nachdruck die Auffassung vertreten wurde, Frankreich habe alles Interesse daran, Deutschland gegenüber der Tschechoslowakei und Österreich vollkommen freie Hand zu lassen“. Auf Befragung des Außenministers im Auswärtigen Ausschuss der Kammer, betonte Yvon Delbos hingegen, dass „die österreichische Regierung und das österreichische Volk, die unter widrigen Verhältnissen bewunderungswürdigen Mut und Widerstandskraft bekunden, [...] nicht nur der weitestgehenden Sympathien und der vollkommenen moralischen Unterstützung der französischen Regierung sicher sein [könnten]“ (ADÖ 12/1809). Sowohl konservative als auch kommunistische Abgeordnete verlangten von der Regierung, „die unbedingte Unabhängigkeit Österreichs gewahrt zu sehen“. Sie wiesen hierbei auf die Verpflichtungen Frankreichs und Englands aus den Genfer Protokollen 1922 (ADÖ 4/707) und die Gegnerschaft Frankreichs und Englands gegen die 1931 geplante deutsch-österreichische Zollunion (ADÖ 7/1077, 1078, 1088) hin. Delbos wurde auch gefragt: „Sind Sie, Herr Minister, so wie wir der Auffassung, dass für Frankreich und England heute wie nur je eine unbedingte Verpflichtung zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs besteht?“ Und Delbos habe erwidert: „Das ist absolut auch meine Meinung.“<sup>34</sup> (ADÖ 12/1810)

<sup>33</sup> Thamer, *Verführung und Gewalt*, 571. Parallel zur Diskussion über eine Jagdeinladung für Göring gesellte sich die Frage einer angeblichen Jagdeinladung Stojadinović' für Schmidt. – ADÖ 12/1813, 1814, 1818. Sogar Präsident Beneš überlegte, Schmidt zur Jagd in den Tierpark Lana einzuladen. – ADÖ 12/1816, 1820.

<sup>34</sup> Vgl. Thomas Angerer, *Kontinuitäten und Kontraste der französischen Österreichpolitik 1919-1955*. In: Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil (Hg.), *Von*

Noch am 23. Dezember hatte Außenminister Delbos nach seiner dreiwöchigen Reise durch Ostmitteleuropa – von Berlin über Warschau, Bukarest, Belgrad und Budapest nach Prag<sup>35</sup> – im Außenausschuss der Kammer ein Exposé gegeben: Die Idee einer Organisierung des Donauraumes in Form eines „Donaupaktes“ habe überall eine sympathische Aufnahme gefunden. Allerdings habe er „hie und da einmal auch Besorgnisse bezüglich der Widerstandskraft Österreichs äußern hören“. Während der polnische Außenminister Beck von dieser „nicht viel“ halte, habe Delbos in Prag „so dezidierte Äußerungen über die Schicksalsverbundenheit der Tschechoslowakei mit Österreich gehört, dass er darüber geradezu erstaunt gewesen sei“. Im Übrigen habe Delbos überall vom „scharfen Gegensatz zum Kommunismus und zum Komintern“ gehört, habe aber Verständnis für die Aufrechterhaltung des französisch-russischen Vertrages vorgefunden (ADÖ 12/1828, 1831).

Zwischen dem 22. und 25. November 1937 hatten der ungarische Ministerpräsident Kálmán Darányi und Außenminister Kálmán Kánya einen offiziellen Besuch in Berlin abgestattet. Hitler wollte vor allem die Haltung Ungarns in der Anschlussfrage ausloten, aber auch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Tschechoslowakei. Dafür bot er den ungarischen Herren die gesamte Slowakei einschließlich der Karpato-Ukraine an. Als ihnen Göring auf seinem pompösen Landsitz Carinhall eine angebliche geheime österreichisch-ungarische Übereinkunft für gegenseitige bewaffnete Hilfeleistung vorhielt, wiesen die ungarischen Politiker eine solche Behauptung entschieden zurück. Auf die Frage Darányis und Kányas nach der Rolle der ungarndeutschen Minderheit erklärte Göring: „Es ist eine hirnerverbrannte Idee zu glauben, dass sich Hitler auch mit der Einverleibung Ungarns beschäftigt.“ – Das Wörtchen „auch“ verriet freilich die Stoßrichtung der Berliner Außenpolitik. – Schließlich beschlossen beide Seiten, ihre Generalstabspläne für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Tschechoslowakei zu koordinieren. Noch im Dezember 1937 sandte Reichsverweser Miklós von Horthy eine Botschaft an Hitler, dass es für den Fall eines deutsch-österreichischen Konflikts keine österreichisch-ungarische oder österreichisch-ungarisch-tschechoslowakische Vereinbarung gebe und dass er zustimme, dass Österreich zu Deutschland gehören sollte.<sup>36</sup>

Anfang Dezember sprach Staatssekretär Schmidt vor den politischen Leitern der „Vaterländischen Front“ über seine Auslandsreisen nach Berlin und Warschau. Besonders sein Besuch der internationalen Jagdausstellung in Berlin, wozu er

---

Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955 (Wien – München 2007) 129-157.

<sup>35</sup> Vuk Vinaver, Jugoslavija i Francuska između dva svetska rata [Jugoslawien und Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen] (Beograd 1985) 360 f.

<sup>36</sup> Gyula Juhász, Hungarian Foreign Policy 1919-1945 (Budapest 1979) 132; Steiner, The Triumph, 372 f.; vgl. György Ránki, Economy and Foreign Policy: The Struggle of the Great Powers for Hegemony in the Danube Valley, 1919-1939 (Boulder, Col., and New York 1983).

von Göring eingeladen worden war, hatte offensichtlich Irritationen ausgelöst. Schmidt skizzierte sodann drei Wege für den Erhalt der Unabhängigkeit Österreichs: „Gegen Deutschland, indifferent mit Deutschland, in Freundschaft mit Deutschland.“ Da der erste Weg nicht in Frage komme, die Schattenseiten des zweiten allen bekannt seien, „wäre es wünschenswert, wenn wir in die dritte Form zwischenstaatlichen Lebens mit dem Deutschen Reiche hineinwachsen“. Auch Göring sei klar, dass Italien keinen „Anschluss“, nicht einmal eine Annäherung Österreichs an Deutschland und schon gar keine Gewaltlösung wolle (ADÖ 12/1815). Noch war Hitler gegen eine „Brachiallösung“ in der österreichischen Frage, während sein außenpolitischer und propagandistischer Apparat bereits intensiv an einer Isolierung Österreichs arbeitete.

Botschafter von Papen berichtete Hitler am 21. Dezember von einer Aussprache mit Schuschnigg und Schmidt, in der er ihnen die außenpolitische Gesamtlage darzulegen versuchte:

„Das Deutsche Reich stände [recte: stehe] in einem Prozess von größter geschichtlicher Tragweite. Der Führer versuche unter Anspannung der besten und letzten Kräfte des Reiches und unter Ausnutzung der gegenwärtigen Weltlage die Weltstellung des Reiches wieder herzustellen. In diesem Prozess müsse Deutschland mehr als eine nur passive Unterstützung Österreichs verlangen; es müsse verlangen, dass Österreich diesen Kampf des gesamten Deutschtums um seine Existenz aus innerster Anteilnahme überall dort unterstütze, wo es nach Lage der Dinge möglich sei. [...] Sowohl in der Spanienangelegenheit, wie in der Bekämpfung des Bolschewismus im Antikominternpakt und in der Stellungnahme zum Problem des Völkerbundes sei es [= Österreich, A. S.] seine eigenen Wege gegangen. Anstatt auf dem Weg einer evolutionären Entwicklung auf dem Gebiete der Kultur, der Wehrmacht und der Wirtschaft ein enges freundschaftliches Verhältnis herzustellen, gehe es nicht um den Bruchteil eines Meters zu weit vor, aus Sorge, das Missfallen der Westmächte zu erregen.“ (ADAP D I, Dok. 273)

Bundeskanzler Schuschnigg wies Papen darauf hin, „dass der Juliputsch österreichischerseits fast liquidiert sei, denn in den Gefängnissen saßen nur noch 45 Personen, und das einzige Konzentrationslager [sic!] Wöllersdorf enthalte 105 Insassen“.<sup>37</sup> Schuschnigg räumte „eine starke Radikalisierung sowohl des rechten und linken Flügels, wie der Vaterländischen Front“ ein, wies Papen aber deutlich darauf hin, dass ein Versuch, „die österreichische Frage mit Gewalt zu lösen“, „auf erheblich stärkeren Widerstand“ als 1934 stoßen und Österreich als „Trümmerhaufen zurücklassen“ werde (ADAP D I, Dok. 273). – Diese Prophezeiung Schuschniggs trat zwar im März 1938 nicht ein, wohl aber auf andere Weise im Mai 1945.

---

<sup>37</sup> Das „Anhaltelager“ Wöllersdorf im südlichen Wiener Becken war in keinerlei Hinsicht mit den NS-Konzentrationslagern zu vergleichen.